

ordnung, welche zu ändern der Papst weder das Recht noch die Macht hat.“ Bismarcks Interpretation der vollkommen absoluten Souveränität des Papstes beruhe „auf einem durchaus irrigen Begriff von dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit“.

An diese Erinnerung an Vorgänge vor 100 Jahren knüpfte der Rektor der Salzburger Universität, *Fritz Schweiger*, an, der durch seine Festspielhausrede beim Papst-Besuch bekannt wurde und der jetzt schrieb: „Mir persönlich ist es unerklärlich, wieso ein Papst aus Polen, einem Land, welches an einem Mangel an Freiheit und Mitbestimmung gelitten hat, so wenig das berechtigte Verlangen nach Freiheit und Mitbestimmung in eben dieser Kirche anerkennt und fördert. Man muß darin die Chance erblicken, daß die innerkirchliche Diskussion über die hierarchische Struktur, die im wesentlichen Abbild vergangener feudaler Strukturen ist, weitergehen muß.“

Alle diese Stimmen zeugen von erstaunlicher Offenheit der Auseinandersetzung in der Kirche von Österreich, die bisher keine wie immer geartete Neigung zu „Aufmüpfigkeit“ gezeigt hatte. Dadurch könnte es zu einer gründlicheren Reflexion kirchlicher Identität in der nachkonziliaren Zeit kommen, und auch zu einer Gewissensformulierung, warum die Botschaft Christi in Mitteleuropa an Wahrheit und Kraft verloren hat und wie die Fähigkeit der Christen, ihren Glauben in Worten und im Leben zu bezeugen, gesteigert werden kann. Bedenklich sind allerdings die schon jetzt absehbaren Auswirkungen dieser innerkirchlichen Auseinandersetzung auf die *Beziehungen zu Andersgläubigen und Andersdenkenden*. So wurde es von nicht wenigen Katholiken als alarmierend empfunden, daß der evangelisch-lutherische Bischof für Österreich, *Dieter Knall*, ausgerechnet in diesen Tagen einen „Offenen Brief“ veröffentlichte, in dem er auf das Ansinnen reagierte, man möge eine neue „Los-von-Rom-Bewegung“ (die in der Geschichte Österreichs eine tragische Rolle spielte) beginnen. Bischof Knall antwortete in dem

offenen Brief, die evangelische Kirche sehe sich nicht berufen, Schwächen einer anderen christlichen Kirche taktisch oder faktisch zu ihren Gunsten auszunützen zu wollen, sie halte aber „ihre Tore für jene offen, die in evangelischer Kirchenordnung und Lehrentfaltung die neutestamentliche Überlieferung treuer bewahrt sehen und zur Grundlage ihres Lebens als Christen in dieser Welt nehmen wollen“.

Am 13. März: Wahl des neuen Vorsitzenden

Diese Aussage führte zu zahlreichen kritischen Reaktionen auf katholischer Seite, die wiederum heftige evangelische Gegenantworten provozierten. In einem Interview sagte Bischof Knall dazu, er habe den Eindruck, daß der nach dem Konzil einsetzende innerkirchliche Dialog nun erstickt werde. Für ihn sei diese Verengung ein neues, besorgniserregendes Phänomen: „Das Aggiornamento von Johannes XXIII. war das Faszinierende. Das wird jetzt zurückgenommen.“ Dieses Zwischenspiel zeigt, mit welcher Sorge und Sensibilität die Christen anderer Konfessionen die Vorgänge in der katholischen Kirche beobachten. Es zeigt sich aber auch, wie groß die Früchte der konziliaren Erneuerung und Versöhnung gewesen sind. Welchen Kurs die Kirche in Österreich künftig steuern wird, darüber wird zu einem wesentlichen Teil am 13. März entschieden. An diesem Datum, das für Österreich einen tragischen Klang hat, wird der neue Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz gewählt. De facto kommen nur zwei Kandidaten in Betracht: Entweder der Erzbischof von Wien, Kardinal *Hans Hermann Groer*, oder der Diözesanbischof von Graz, *Johann Weber*. Nach deutschem Vorbild könnte es sein, daß sich die Mehrzahl der österreichischen Bischöfe *nicht* für den hierarchischen Vorrang entscheidet. Über die personelle Frage hinaus wird diese Wahl weittragende Konsequenzen haben.

Fritz Csoklich

Ohne Agrarreform wächst die Unruhe

Die Kirche Brasiliens und die Landkonflikte

Die ungleiche Verteilung von Grund und Boden ist mit die bedrängendste soziale und politische Hypothek Brasiliens. Auch nach dem Ende der Militärbherrschaft ist die Agrarreform bislang nicht entscheidend vorangekommen. Die brasilianische Kirche, die sich die „Option für die Armen“ besonders intensiv zu eigen gemacht hat, engagiert sich vielfach zugunsten der Kleinbauern und Landarbeiter.

Zur Eröffnung der Adveniat-Aktion in die Bundesrepublik eingeladen, formulierte der aus Münster stammende brasilianische Bischof *Valfredo Tepe* OFM als möglichen

Beitrag der deutschen Kirche wie überhaupt der Kirchen der westlichen Welt eine „Pastoral für die Reichen“: „Wir in Brasilien, aber nicht nur wir, haben keine Antwort auf die Frage: Wie kann man die Reichen, die Satten bekehren?“ Mit der „vorrangigen Option für die Armen“ (die die Wohlhabenden nicht ausschließen) habe die Kirche Brasiliens und ganz Lateinamerikas einen folgenreichen Standortwechsel vollzogen, der dem Evangelium gemäß und unwiderruflich sei. Wenn die brasilianische Kirche mit diesem Schritt die Oberschicht – wie es aussehe – weit hin verloren habe, zeige dies die fehlende Bereitschaft der

Reichen, ihrerseits den notwendigen Schritt auf die Kirche hin zu tun. „Die Chance der Armen ist, daß sie hören können; die Reichen hören nicht.“ So hat der Franziskanerbischof Tepe, der Mitglied der römischen Glaubenskongregation ist und nicht zu den prononciert sozialkämpferisch auftretenden Bischöfen gehört, gleichwohl die Landbesitzer in seinem Bistum Ilhéus (Bundesstaat Bahia) geschlossen gegen sich.

Eine Serie von Rückschritten

An der Landfrage scheiden sich, seit die Brasilianische Bischofskonferenz (CNBB) sich 1980 ebenso grundsätzlich wie kritisch zu der Verteilung von Grund und Boden geäußert hat (vgl. HK, April 1980, 171–176), in der Kirche und der Gesellschaft Brasiliens die Geister. Ende vergangenen Jahres kritisierte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Luciano Mendes de Almeida* SJ, in ungewöhnlich scharfer Form die Berichterstattung der brasilianischen Medien über das kirchliche Leben. Jede divergierende Äußerung eines Bischofs – normaler Ausdruck eines notwendigen Pluralismus unter den mehr als 300 Bischöfen des Landes – werde ausgeschlachtet und entfessele eine Pressekampagne: „Ich bin sicher, daß dies im Interesse gewisser Personen liegt. Unsere Kirche kämpft für eine Agrarreform, für die Rechte der Indianer, für eine gerechtere Verteilung der Arbeit. Bestimmte Wirtschaftskreise haben ein Interesse daran, dem Volk das Bild einer zerstrittenen, gespaltenen Kirche vorzuführen. Sie sind es, die in ihren Zeitungen solchen Meldungen Raum geben. Die brasilianische Presse ist ein beträchtlicher Machtfaktor in den Händen dieser Oligarchie“ (La Croix 15. 11. 88).

Andere Bischöfe sprechen offen aus, daß die 1984 zum Zweck der Verteidigung des Privateigentums gegründete Landbesitzervereinigung UDR (União Democrática Ruralista) die brasilianische Kirche flächendeckend und öffentlich zu diskreditieren versucht. Die Lobby der UDR hat zudem verhindert, daß die Landreform in der neuen Verfassung fest- oder gar fortgeschrieben wurde. Während andere Artikel, etwa die Rechte der vom Aussterben bedrohten Indianer betreffend, unter dem Druck der Öffentlichkeit (nicht zuletzt auch der Kirche) in das umfangreiche und uneinheitlich ausgefallene Verfassungswerk aufgenommen wurden, blieb die Agrarreform – nach übereinstimmendem Urteil nationaler und internationaler Experten das drängendste soziale, ökonomische und politische Problem des Landes – auf der Strecke.

Die Geschichte der Landreform in Brasilien ist eine *Geschichte der Rückschritte*. Unter der Regierung von Präsident *João Goulart* wurde Anfang der 60er Jahre eine Landreform in Angriff genommen, die eine relativ weitreichende Umverteilung von Grund und Boden vorsah. Unproduktive Ländereien sollten enteignet werden, die Landarbeiter und Kleinbauern Besitztitel oder Pachtrechte erhalten. 1963 wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Landarbeitern die gleichen sozialen und Arbeits-

rechte zusprach wie den Industriearbeitern. Im Jahre 1964 unterzeichnete Goulart ein Gesetz, das die Enteignung eines 10 km breiten Landstreifens entlang der Bundesstraßen und Eisenbahnlinien vorsah. Drei Wochen später wurde Goulart gestürzt; die Militärregierung annullierte das Gesetz.

Das von den Militärs noch 1964 erlassene „Landstatut“ dient heute noch als Rechtsgrundlage. Es war relativ weitreichend; seine reformistischen Passagen fanden aber bis zum Ende der Militärdiktatur 1985 so gut wie keine Anwendung. Das Landstatut sollte gleichermaßen eine gerechtere Verteilung von Grundbesitz wie auch eine rationellere, produktivere Nutzung des Bodens gewährleisten. Es sah die Enteignung von Mini- und Latifundien sowie Vorausentschädigungen in Geld bzw. durch Staatsobligationen mit langer Laufzeit vor.

Im Zuge der expandierenden Agrarindustrie der 70er Jahre entwickelte die Regierung *ambitionierte Kolonisationsprojekte vor allem im Amazonas-Gebiet*. So sollten bis 1970 eine Million landloser Bauern und ihre Familien (also rund 5 Millionen Menschen) entlang der Transamazonica angesiedelt werden. Bevor 1977 die Zahl von 100 000 Siedlern erreicht wurde, begannen die Neusiedler wegen schlechter Bodenerträge, Fehlplanungen in der Infrastruktur, fehlender Absatzmärkte, aber auch wegen Konflikten mit Großunternehmen bereits wieder abzuwandern. Nach dem Scheitern auch der Entwicklungsprogramme im Nordosten Brasiliens wollte sich *Tancredo Neves* als erster Präsident einer zivilen Regierung für eine tiefgreifende Agrarreform einsetzen. Nach seinem Tod noch im Jahr seines Wahlsiegs wurde *José Sarney* Präsident, unter der Diktatur Gouverneur von Maranhão und aus einer der reichsten Landbesitzer-Familien des Bundesstaates stammend.

Das Landreform-Dekret von 1985, eine Festschreibung des Landstatuts von 1964, fand auch die Unterstützung der Großgrundbesitzer und hatte nach zehnmahliger Revision nur noch wenig mit dem Entwurf des neuen Landwirtschaftsministers *Nelson Ribeiro* gemein. Die wichtigste Bestimmung des Dekrets lautet, daß (irgendwie) „produktive“ Latifundien gleich welcher Größe nicht enteignet werden dürfen. Nach dem Agrarplan sollten bis 1989 an 1,4 Millionen landloser Bauern Land verteilt werden, zum Teil durch Enteignung brachliegender Ländereien. An den komplizierten Enteignungsverfahren sind regionale „Agrarkommissionen“, das Nationale Institut für Kolonialisierung und Agrarreform INCRA, das zuständige Ministerium in Brasilia und in jedem einzelnen Fall auch der Präsident der Republik sowie (in Entschädigungsfällen) ein Bundesrichter beteiligt.

Eine extrem ungleiche Landverteilung

Die Verfassungsgebende Versammlung stimmte im Mai 1988 mit knapper Mehrheit gegen einen Gesetzentwurf, der Landenteignungen in solchen Fällen ermöglicht hätte, in denen der Besitz von Grund und Boden seine „soziale

Funktion“ nicht erfüllt. Damit hatte die UDR ihre Forderung nach uneingeschränkten Garantien für das Privateigentum durchgesetzt. „Die gesetzgebende Versammlung hat wenig Achtung vor dem brasilianischen Volk gezeigt“, kommentierte der Erzbischof von São Paulo, Kardinal *Paulo Evaristo Arns*, das Abstimmungsergebnis. Unmittelbar vor der Abstimmung hatte das Präsidium der Bischofskonferenz an die Abgeordneten appelliert, die in christlichen Gemeinden gesammelten 1,2 Millionen Unterschriften für eine gerechte Landreform nicht gering zu achten, und an die „soziale Hypothek“ (Johannes Paul II.) des Privateigentums erinnert.

Im Herbst vergangenen Jahres legte die deutsche Kommission *Justitia et Pax* eine Studie über Landkonflikte in Brasilien mit Fallstudien aus dem innerbrasilianischen Staat Maranhão vor. Die Verfasser, *Felix Ermacora* (Wien) und *Manfred Nowak* (Utrecht), kommen darin zu dem Schluß, Brasilien werde in einen blutigen Bürgerkrieg schlittern, wenn die Regierung die Landreform nicht entschlossen und zügig angehe. Die gewaltsamen Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und landlosen Kleinbauern hätten in erschreckendem Ausmaß zugenommen, und die Zahl der Opfer übersteige bei weitem die der Stadtguerilla in den 60er und 70er Jahren, die allerdings weit mehr Beachtung in der internationalen Öffentlichkeit gefunden hätten.

Die Wurzel des Übels ist die aus der Eigentumskonzentration resultierende „soziale Schere“, die sich selbst nach den offiziellen Daten in den letzten Jahren immer weiter geöffnet hat. Brasiliens Agrarstruktur ist in einem für europäische Vorstellungen kaum faßbaren Ausmaß von den Extremen der *Minifundien* und der *Latifundien* gekennzeichnet. Die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe sind Minifundien bis 10 ha; auf sie entfallen aber nur 2,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dagegen gehören 50 000 Großgrundbesitzern – das sind weniger als 1 Prozent der Landbesitzer – 46 Prozent der Agrarfläche (Zensus von 1980). 1980 gab es 2 400 Großgrundbesitzer mit mehr als 10 000 ha. Die Eigentümer verfügen über fast so viel Land wie 4,6 Millionen Bauern zusammen, die 90 Prozent aller Grundbesitzer stellen.

Die auch im lateinamerikanischen Vergleich extrem ungleiche Verteilung von Grund und Boden verschärft sich durch den fortschreitenden Prozeß der Eigentumskonzentration noch zugunsten der Kleinbauern. Der Studie zufolge blieb zwischen 1970 und 1980 die Zahl und die Größe der Minifundien bis 10 ha (im Durchschnitt 3,5 ha) etwa gleich, während sich Zahl und Betriebsfläche der Latifundien über 10 000 ha im gleichen Zeitraum beinahe verdoppelten. Im Zuge der exportorientierten, oft hochtechnisierten Plantagenwirtschaft hält dieser Trend an. Immer mehr Kleinbetriebe dienen allenfalls noch der Subsistenzwirtschaft; die Landflucht nimmt zu – und damit die städtische Marginalität. Nach Schätzung der staatlichen Agrarbehörden gibt es in Brasilien derzeit 6 Millionen landlose Bauernfamilien; die katholische Kirche schätzt die Zahl auf das Doppelte.

Im Norden Brasiliens weicht der traditionelle Typ des feudalen, seinen Besitz bewirtschaftenden Fazendeiro dem Agrarunternehmer, der meist aus dem Süden oder aus dem Ausland kommt, Rinderzucht oder Plantagenwirtschaft betreibt. Nach Angaben des inzwischen zurückgetretenen Agrarministers Ribeiro verfügen die Einwohner des hochindustrialisierten Bundesstaates São Paulo über 22 Millionen ha Land in ihrem Bundesstaat und über zusätzlich 84 Millionen ha in anderen, meist nördlichen Landesteilen. Im Bundesstaat Maranhão etwa gibt es so gut wie kein staatseigenes Land mehr. Da Maranhão aber zu den Konfliktzonen gehört, ist die Regierung wie in anderen Regionen Nordbrasilien dazu übergegangen, ihre ohnehin im Vergleich zu den eigenen Agrarreformplänen stark reduzierte Landverteilung durch Landrückkäufe zu ermöglichen.

Vertreibung: Akteure und Opfer

Die *Justitia-et-Pax*-Studie legt dar, daß der Kampf um Grund und Boden zwischen Habenichtsen und profitorientierten Großunternehmern zunehmend im rechtsfreien Raum stattfindet. Dazu trägt zum einen die chronische Anfälligkeit der lokalen und regionalen Behörden für Bestechung und zum anderen die Arbeitsweise der „grileiros“ bei, Zwischenhändler aus der Stadt, die sich das Land mit oft gefälschten Besitztiteln zu Spekulationszwecken aneignen. Die Studie beschreibt die Methode der „grileiros“: „Man besticht einen Grundbuchbeamten oder setzt ihn politisch unter Druck, um im ‚cartorio‘ als Großgrundbesitzer von bisher öffentlichem Land (terra devoluta) eingetragen zu werden. Mit diesem Eigentumstitel in der Hand zäunt man das betreffende Land ein und fordert seine Bewohner zum Verlassen auf. Sollten die Bauern nicht freiwillig gehen oder sich durch die Einschüchterungsmaßnahmen bezahlter Banditen (sogenannter ‚jagunços‘ oder ‚pistoleiros‘) vertreiben lassen, ruft man auch Polizei und Justiz zur Hilfe. Außerdem werden die Ackerbaukulturen zerstört, Wald gerodet und ein ziemlich widerstandsfähiges, sich aggressiv ausbreitendes Gras gesät. Das solchermaßen von Menschen ‚gesäuberte‘ und für die Rinderzucht aufbereitete Land wird nun gewinnbringend an große Firmen veräußert.“

Die Unzuverlässigkeit der Katasterämter hat eine völlig verworrene Eigentumssituation zur Folge, die zur Klärung wiederum der überlasteten und oft willfährigen Gerichte bedürfte. So gab der Gouverneur von Maranhão, *Luis Rocha*, zu, daß die Summe aller eingetragenen Besitztitel etwa das Dreifache der Oberfläche des Bundesstaates ausmache. Die landlosen Kleinbauern haben in der 1981 gegründeten „Bewegung der Landarbeiter ohne Land“ eine Interessenvertretung, die sich auch in der Diskussion um die neue Verfassung Gehör verschaffte und der Grundbesitzervereinigung UDR entgegentrat. Von kirchlicher Seite hilft die 1975 gegründete „Pastorkommission für Landfragen (CPT)“, eine überdiözesane Einrichtung, den Kleinbauern und Landarbeitern. Nicht alle Bischöfe, in deren Bistümern Landkonflikte gewaltsam

ausgetragen werden, fördern die CPT. Manche sind der Ansicht, das soziale und politische Engagement der CPT sei stärker als das pastorale und verschärfe die Konfliktlage noch zusätzlich.

Zum Ausmaß der Landkonflikte heißt es in der Studie, es mehrten sich die Fälle, in denen Priester und Rechtsanwälte, die sich für Kleinbauern und Landlose einsetzten, bedroht und ermordet würden. In letzter Zeit – die Studie basiert auf Recherchen von 1986/87 – weisen jedoch gerade kirchliche Stellen daraufhin, daß die offenbar ungemehrte Aktivität der pistoleiros den einfachen Bauern, den direkt Betroffenen, gelte, die keine Schlagzeilen machten. Zudem träten immer mehr Bauern geschlossen und teilweise bewaffnet den Vertreibern entgegen. Unterschiedlich wird innerkirchlich die umstrittene Frage der *Landbesetzung durch landlose Bauern* und ihre Familien gesehen. Da die rechtliche Sicherung eines Besitztitels selbst in Fällen, in denen Bauern seit Generationen ein Stück Land bewirtschaften und nach brasilianischem Recht bereits rechtmäßige Eigentümer sind, häufig nicht durchsetzbar ist (was die Vertreibung nach sich zieht), besetzen die Familien ein Stück brachliegendes Land und beginnen es zu bebauen, meist ohne zu wissen, wem es gehört. Wo solche Landbesetzungen von kirchlicher Seite stillschweigend oder ausdrücklich gutgeheißen werden, spielt auch die Überlegung eine Rolle, daß den Familien sonst nur die Abwanderung in die Städte bleibt, was mit hoher Wahrscheinlichkeit das Absinken in die Marginalität bedeutet.

Andere Menschen geworden?

Bischof Tepe von Ilhéus hält manche Aktivitäten der Pastoralkommission für Landfragen für zu wenig pastoral und zu einseitig sozial orientiert. Zur Gefahr einer ideologischen Radikalisierung der Landbevölkerung komme der Rückfall in den Individualismus, sobald ein Konflikt bei-

gelegt sei. Sein Konzept einer Landpastoral beginnt mit der Lektüre der Bibel in den kleinen Gemeinden, in denen immer mehr Menschen im Laufe der Jahre aus dem Rückhalt ihres Glaubens bereit seien, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Viele Basisgemeinschaften seien an einen Punkt gelangt, an dem sie erkennen: Jetzt können wir nur noch auf politischem Wege etwas erreichen. Im Bistum Ilhéus haben sich in den letzten Jahren Christen aus den Basisgemeinschaften für das Landarbeitersyndikat aufstellen lassen, in dem sie inzwischen die Mehrheit besitzen.

Von einem erfolgreich überstandenen Konflikt zwischen Kleinbauern und einem Agrarunternehmen im Bistum Tepe berichtete ein betroffener Kleinbauer: „Auf den 4500 ha Gelände, das wir verteidigt haben und das jetzt uns gehört, wohnen jetzt über 200 Familien. Wir waren 28 Familien, die um ihr Landrecht kämpften, und alle waren wir bewaffnet. Wir beschlossen, Widerstand zu leisten, als uns die Japaner vertreiben wollten. Aber es gelang auf gewaltlosem Weg; es floß kein Blut. Zuerst wollte man uns gegeneinander ausspielen. Mir boten sie zum Beispiel 100 ha an, wenn ich ruhig bleiben würde. Der erste Rechtsanwalt, den wir hatten, betrog uns nach Strich und Faden; er war von der Gegenseite bestochen. Der zweite Anwalt wurde uns dann von der Kirche vermittelt und hat sich auch für uns voll eingesetzt. Dieser Kampf war eine wirkliche Schule der Einigkeit für uns alle, und das Evangelium war die Basis der ganzen Bewegung. Durch diesen Kampf sind wir andere Menschen geworden. Heute hab' ich vor Reichen und Titelträgern keine Angst mehr.“

Viele Besitzende beobachten das kirchliche Engagement in der Landfrage mit Argwohn und Feindseligkeit. Kommentar einer brasilianischen Akademikerin aus der Oberschicht zu dem Bericht des Kleinbauern: „Da sehen Sie, daß unsere Kirche kommunistisch geworden ist.“

Gabriele Burchardt

„Den Einheimischen helfen, daß sie sich selbst helfen können“

Ein Gespräch mit dem Misereor-Hauptgeschäftsführer, Prälat Norbert Herkenrath

Vor 30 Jahren – am Passionssonntag 1959 – fand die erste Fastenaktion Misereor statt. Seither wirkt das Bischöfliche Hilfswerk mit seinen Partnern vor Ort in fast allen Dritte-Welt-Ländern. Das Ziel der Misereor-Entwicklungsarbeit ist, durch seine Hilfe die Selbsthilfe der Armen, speziell der absolut Armen, anzuregen. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens von Misereor und der am Passionssonntag durchzuführenden Fastenaktion sprachen wir mit dem Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks, Prälat Norbert Herkenrath, über das

Entwicklungskonzept von Misereor, über ihr Verhältnis zu den Partnerorganisationen, über die Schwierigkeit, Entwicklungsprozesse vor Ort in Gang zu setzen, und über die Konflikte, die ein kirchliches Hilfswerk dabei durchzustehen hat. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Herr Prälat Herkenrath, an die 5 Milliarden DM – einschließlich der Staatszuschüsse – hat Misereor bisher in über 50 000 Projekte der Entwicklungshilfe investiert.